Niederschrift

über die in der 18. Sitzung des Kreistages am 14.06.2007 im Maywald-Saal des Kreishauses Kleve gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung : 16.00 Uhr Ende der öffentlichen Sitzung : 17.30 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 17.30 Uhr Ende der nichtöffentlichen Sitzung : 18.00 Uhr

anwesend sind die Kreistagsmitglieder

Brandt, Klaus Bedburg-Hau

Croonenbroek, Hubertina Kerken

Düllings, Paul Issum

Eicker, Sigrid Geldern

Elsbergen, van, Anita
Uedem
Esser, Karl
Kalkar
Fischer, Elisabeth
Kevelaer
Fischer von Mollard, Barbara
Goch

Fischer von Mollard, Barbara Goch Freitag, Richard Kleve

(ab 16.30 Uhr, TOP 3)GeldernGiesen, HeinzGeldernGiltjes, PeterKleve

Gorißen, Dietmar

Hartmann, Ralph

Kleve

Emmerich am Rhein

(ab 16.30 Uhr, TOP 3)
Hartung-Hauke, Hans-Jürgen Goch

Heinzel, Freddy Emmerich am Rhein

Helbing, Peter Kerken Hohl. Peter Kevelaer Holzhauer, Albert Rheurdt Jentjens, Heinrich Uedem Katzy, Roland Kleve Kempkes, Johannes Weeze Kersten, Gertrud Kranenburg Klapdor, Dr., Ralf **Uedem** Kliver, Rudolf Kleve

Kokon, Waltraud Issum
Krebber, Dr., Klaus Emmerich am Rhein

Kunisch, Willibald Kalkar

(bis 16.55 Uhr, TOP 5)
Loo, van de, Heinfrid Goch
Mailänder, Josef Straelen
Mohn, Thomas Bedburg-Hau
Papen, Hans-Hugo Rheurdt

Peters, Anna Goch
Poell, Peter Goch
Sager, Christel Geldern
Schaffeld, Andrea Emmerich am Rhein

Schmidt, Gabriele Kleve

Schreiber, Adolf Goch Selders, Hannes Kevelaer

Sickelmann, Ute Emmerich am Rhein

Syberg, Klaus Rees

Ulrich, Ulrike Emmerich am Rhein Urbach, Wolfgang Emmerich am Rhein

Verweyen, Inge Kleve
Voelkel, Hans-Ulrich Geldern
(bis 17.35 Uhr, TOP 12)

Vopersal, Jörg Kevelaer

(ab 16.20 Uhr, TOP 3)
Währisch-Große, Elke
Rheurdt

Weber, Otto Straelen Wenzel-Teuber, Maria Rees

Weyers, Gerhard Rees
Weyers, Gerhard Weeze

entschuldigt sind die Kreistagsmitglieder

Hermann Josef Kilders
Franz Schooltink
Ursula Stiebert
Thomas Winkler
Bodo Wißen

anwesend sind von der Verwaltung

Landrat Spreen Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Bettray Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Suerick Gleichstellungsbeauftragte Sanders Kreisoberverwaltungsrätin Boxnick Kreisinspektor **Pastoors** Beschäftigte Wintiens Auszubildende Dickhoff

als Schriftführerin

Kreisamtfrau Poschlod

Kreistag gedenkt des verstorbenen ehemaligen Kreistagsmitgliedes Herrn Manfred Wynands.

Wortmeldungen im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner erfolgen nicht.

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist, die Einladungsfrist eingehalten und Ort und Zeitpunkt der Sitzung in der vorgeschriebenen Weise bekanntgemacht worden sind.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreistag beschlussfähig ist.

Landrat verweist auf die nachgereichten Unterlagen vom 08.06.2007 anlässlich der Erweiterung der Tagesordnung um den folgenden Punkt:

Zukunft der Chemischen Untersuchungsämter in NRW; Änderung der vertraglichen Grundlage zur Inanspruchnahme der Chemischen Untersuchungseinrichtungen der Stadt Düsseldorf und des Kreises Mettmann

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrates an die Kreistagsmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Erklärung.

Öffentliche Sitzung

- 1. Nachwuchsbedarfsplanung für das Einstellungsjahr 2008
- 1a. Zukunft der Chemischen Untersuchungsämter in NRW; Änderung der vertraglichen Grundlage zur Inanspruchnahme der Chemischen Untersuchungseinrichtungen der Stadt Düsseldorf und des Kreises Mettmann
- 2. Einrichtung eines "Forums für Seniorinnen und Senioren" als beratender Unterausschuss des Ausschusses für Gesundheit und Soziales des Kreises Kleve; hier: Geschäftsordnung
- 3. Ausbildung in den Niederlanden; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 29.05.2007
- 4. Prüfung der Jahresrechnung 2006
- Über- und außerplanmäßige Ausgaben für das Haushaltsjahr 2006;
 Unterrichtung über die vom Kreiskämmerer erteilten Genehmigungen
- Prüfauftrag Fotovoltaik-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden;
 Antrag der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 05.04.2007
- 7. Vertragsverletzungsverfahren 2001/5003 gegen die Bundesrepublik Deutschland gemäß Art. 226 EG-Vertrag;

hier: Anwendung der Richtlinie 79/409/EWG zur Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Vogelschutzrichtlinie) – Europäisches Vogelschutzgebiet "Unterer Niederrhein" Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 13.03.2007

- 8. Kreiskulturlandschaftsprogramm:
 - hier: Naturschutzgerechte Nutzung von Ackerrandstreifen/ Äckern zum Schutz von Ackerlebensgemeinschaften (Ackerrandstreifenprogramm)
- 49. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf;
 Kap. 3.9 Ziel 1 Standorte der vorhandenen Anlagen für Neubau, Ausbau oder Erweiterung sichern (Kraftwerkstandorte);
 Antrag der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 05.06.2007
- 10. Mitteilungen
- 11. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

- 12. Berichte aus den Beteiligungsgesellschaften des Kreises Kleve
 - Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA GmbH)
 - RWE AG
 - Touristik-Agentur NiederRhein GmbH (TAN GmbH)
 - Flughafen Niederrhein GmbH (FN GmbH)
 - Kommunales Rechenzentrum Niederrhein
 - NIAG AG
 - Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH
 - Haus Freudenberg GmbH
- 13. Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses; Flughafen Niederrhein – Ertüchtigung der Start- und Landebahn Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft durch den Kreis Kleve
- 14. Künftige Ausrichtung der Touristikförderung im Kreis Kleve hier: Integration der Aufgaben Touristik-Agentur Niederrhein GmbH (TAN GmbH) in die Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH
- 15. Mitteilungen
- 16. Anfragen

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 18/299

Nachwuchsbedarfsplanung für das Einstellungsjahr 2008

Kreistag fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Nach dem Ergebnis der bedarfsgerechten Ermittlung notwendiger Nachwuchskräfte ist die Einstellung von Nachwuchskräften im Einstellungsjahr 2008 nicht erforderlich.

Zur Sicherung der Zukunftschancen der Jügendlichen im Kreis Kleve werden im Einstellungsjahr 2008

- 11 Auszubildende für den Beruf der / des Verwaltungsfachangestellten
- 2 Auszubildende für den Beruf der Vermessungstechnikerin / des Vermessungstechnikers
- 1 Auszubildender/Auszubildende für den Beruf der/des Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste Fachrichtung Archiv –

über den Bedarf hinaus eingestellt.

Die über den Bedarf hinausgehend zur Ausbildung vorgesehenen Bewerberinnen und Bewerber sind darauf hinzuweisen, dass eine Übernahmegarantie nicht ausgesprochen werden kann.

Zu Punkt 1a der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 18/299/a

Zukunft der chemischen Untersuchungsämter in NRW Änderung der vertraglichen Grundlage zur Inanspruchnahme der chemischen Untersuchungseinrichtungen der Stadt Düsseldorf und des Kreises Mettmann

Landrat teilt mit, dass der Kreisausschuss den Beschlussvorschlag mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen empfohlen hat.

Kreistag fasst mehrheitlich bei 11 Gegenstimmen folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend mit der Stadt Düsseldorf und dem Kreis Mettmann in Kontakt zu treten und den Vertrag in eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach §§ 23 ff. des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit umzuändern.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 18/300

Einrichtung eines "Forums für Seniorinnen und Senioren" als beratender Unterausschuss des Ausschusses für Gesundheit und Soziales des Kreises Kleve; hier: Geschäftsordnung

Kreistag fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Geschäftsordnung des "Forums für Seniorinnen und Senioren" als beratender Unterausschuss des Ausschusses für Gesundheit und Soziales wird gemäß dem als Anlage beigefügten Entwurf beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die kreisangehörigen Städte und Gemeinden um Besetzungsvorschläge für deren Vertreterinnen bzw. Vertreter im Gremium zu bitten.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 18/301

Ausbildung in den Niederlanden; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 29.05.2007

Landrat berichtet, dass der Kreisausschuss zu diesem Tagesordnungspunkt keine Beschlussempfehlung ausgesprochen hat.

KTM Katzy führt aus, dass trotz der positiven wirtschaftlichen Lage zu wenige Ausbildungsplätze angeboten werden. Auch aktuelle Jahrgänge könnten nicht aufgefangen werden. Die von der Wirtschaft verbreitete Euphorie werde nicht geteilt. In den Niederlanden sei man sehr daran interessiert, Ausbildungsplätze bereitzustellen. Dies solle genutzt werden, um Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen. Er ergänzt den Antrag darum, dass neben der Euregio Rhein-Waal auch die Euregio Rhein-Maas-Nord eingebunden werden soll. Man habe sich nunmehr darauf verständigt, dass die Thematik an die Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH verwiesen wird und, dass der Wirtschaftsförderer unmittelbar Aktivitäten aufnimmt. Informationen sollen angeboten, die Motivation gestärkt und Hemmschwellen überwunden werden. Man müsse sich mit den Strukturen detaillierter auseinandersetzen. Die in den Niederlanden bestehenden Möglichkeiten sollten genutzt werden.

KTM Ulrich zeigt auf wie wichtig es sei, Perspektiven für junge Menschen zu optimieren. Die Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH sei hierfür die richtige Koordinierungsstelle. Zumal Herr Kuypers Mitglied der regionalen Ausbildungskonferenz sei. Unter Federführung des Landrates werde alles getan, um Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Im Zeitraum von 1997 bis 2006 sei im Kreis Kleve ein Zuwachs von Ausbildungsstellen um ca. 40 % zu verzeichnen. Dies sei ein guter Wert, wobei trotzdem weitere Anstrengungen erfolgen müssen. Viele Bewerber finden direkt über Stellenausschreibungen der Firmen Ausbildungsplätze. Zum Teil werde seitens der Unternehmen kritisiert, dass bei den Bewerbern notwendige Eigenschaften fehlen. Kindern sollten die für das Berufsleben erforderlichen Tugenden schon frühzeitig vermittelt werden. Aktuelle Zahlen belegen, dass im Kreis Kleve im Vergleich zum letzten Jahr ein Zugang an Ausbildungsplätzen von mehr als 20 % zu verzeichnen ist. Ihre Fraktion unterstütze alle Optionen, die sich positiv auf den Ausbildungsmarkt auswirken. Das Zahlenmaterial der IHK sei belastbar.

KTM Fischer äußert, dass sich ihre Fraktion über den niederländischen Ausbildungsmarkt informiert habe. Es gebe große Transferprobleme. Nur 15 % der Bewerber würden nach der Ausbildung vermittelt, 30 % würden die Ausbildung abbrechen und 70 % seien nicht motiviert. In den Ausbildungsbetrieben fehlen gute Ausbilder. Diese Problematik müsse kritisch begutachtet werden. Das deutsche Ausbildungssystem habe sich bewährt und sei europaweit anerkannt. Die Behandlung des Antrages in der Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH reiche nicht aus. Auch im Schul- und Kulturausschuss solle man sich hiermit befassen.

KTM Giltjes verdeutlicht, dass alles getan werden müsse, um jungen Menschen Ausbildungsplätze anbieten zu können. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion stütze sich lediglich auf Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. Das Handwerk und die Industrie würden ebenfalls Ausbildungsplätze anbieten. Die Situation könne nicht bis zum Beginn des neuen Ausbildungsjahres verbessert werden. Es stelle sich auch die Frage, ob die Ausbildungssysteme kompatibel seien. Die Öffentlichkeitsarbeit der SPD-Kreistagsfraktion zu diesem Antrag sei deplaziert. Eine Zusammenarbeit könne durch die Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH koordiniert werden. Weitere Berichterstattung hierzu solle in den Gremien des Kreistages erfolgen.

KTM Schaffeld stellt klar, dass der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf die Öffnung für das niederländische Ausbildungsangebot abziele. Die Jugendlichen im Kreis Kleve sollen sich auch über das dortige System informieren können. Das deutsche und das niederländische Ausbildungssystem seien sehr unterschiedlich. Eine Ausbildung im Ausland fördere die Mobilität. Die Thematik sei bei der Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH gut aufgehoben.

KTM Kunisch spricht die Problematik an, dass qualifizierte Bewerber in der Regel hier und in den Niederlanden einen Ausbildungsplatz erhalten. Weniger qualifizierte Bewerber dürften in den Niederlanden ebenso wie in Deutschland Probleme haben, eine Ausbildungsstelle zu finden.

KTM Hartung-Hauke trägt vor, dass der Antrag seinen Ursprung in einem Besuch der SPD-Kreistagsfraktion im Theodor-Brauer-Haus habe. Dort werde gute Arbeit geleistet und bereits jetzt in die Niederlande vermittelt. Diese Aktivitäten sollten mithilfe anderer Instrumente noch verstärkt werden. Die Zahlen der IHK seien nicht durch die Praxis belegt. Die negativ gefärbte Diskussion solle beendet werden.

Kreistag fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 29.05.2007 zu der Thematik "Ausbildung in den Niederlanden" wird an die Wirtschaftsförderung Kreis Kleve GmbH verwiesen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 18/302

Prüfung der Jahresrechnung 2006

KTM Giltjes fragt, ob im Haushalt eine Summe in Höhe von 4 Mio. EUR erwirtschaftet wurde.

Landrat antwortet, dass die Jahresrechnung zur Prüfung in den Rechnungsprüfungsausschuss eingebracht werde und die Frage dort aufgegriffen werden könne.

Kreistag fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Jahresrechnung 2006 des Kreises Kleve ist gemäß § 53 KrO NRW a.F. in Verbindung mit § 101 Abs. 6 GO NRW a.F. und § 103 Abs. 1 Nr. 1 GO NRW a.F. vor der Entscheidung über die Erteilung der Entlastung des Landrates nach § 94 GO NRW a.F. vom Rechnungsprüfungsausschuss und der Arbeitsgruppe Rechnungsprüfung gemäß den Bestimmungen des § 101 Abs. 1 - 3 GO NRW a.F. zu prüfen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 18/303

Über- und außerplanmäßige Ausgaben für das Haushaltsjahr 2006; Unterrichtung über die vom Kreiskämmerer erteilten Genehmigungen

KTM Weber erkundigt sich, warum bei Haushaltsstelle 1.407.6790 eine hohe Summe interner Verrechnung der Verwaltungskosten des Kreisjugendamtes überplanmäßig abgewickelt wurde.

Ltd. KVD Bettray erläutert, dass es sich hierbei um die Sach- und Allgemeinkosten des Kreises für 11 kreisangehörige Kommunen ohne eigenes Jugendamt handelt. Für das Jahr 2006 seien die Kosten umgelegt worden. Da die Kosten für den Doppelhaushalt 2005/2006 so nicht eingeplant waren, sei ein über die Planung hinausgehender Betrag entstanden.

Kreistag nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 18/304

Prüfauftrag Fotovoltaik-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden; Antrag der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 05.04.2007

KTM Sickelmann bedankt sich bei den anderen Kreistagsfraktionen dafür, dass sie den Antrag ihrer Fraktion unterstützen.

Kreistag fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltung möge zusammen mit der KKB GmbH prüfen, ob die Möglichkeit besteht, auf kreiseigenen Gebäuden Fotovoltaik-Anlagen zu errichten.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 18/305

Vertragsverletzungsverfahren 2001/5003 gegen die Bundesrepublik Deutschland gemäß Art. 226 EG-Vertrag;

hier: Anwendung der Richtlinie 79/409/EWG zur Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (Vogelschutzrichtlinie) – Europäisches Vogelschutzgebiet "Unterer Niederrhein"; Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 13.03.2007

KTM Sickelmann verweist auf die bereits erfolgte Stellungnahme ihrer Fraktion. Der Beschlussvorschlag werde abgelehnt. Man unterstütze hingegen die Argumentation der Naturschutzverbände. Anstelle die FFH-Richtlinie zu bekämpfen, könne der Kreis Kleve stolz auf die vielen verschiedenen Vogelarten sein. Bei der Sichtung der Karte werde deutlich, dass die nicht gemeldeten Vogelschutzgebiete identisch seien mit den Interessensgebieten der Kiesindustrie. Die Flächen würden im Überschwemmungsbereich des Rheines liegen.

KTM Düllings fordert dazu auf, nicht die im Kreisausschuss geführte Diskussion im Kreistag erneut zu wiederholen. Er dankt der Verwaltung dafür, dass der Sachverhalt durch die Vorlage sowie zusätzliche Erläuterungen deutlich gemacht wurde.

KTM Papen weist für die CDU-Kreistagsfraktion zurück, dass sie die FFH-Richtlinie bekämpfe. Hingegen trete man für den Schutz der Natur sowie eine degressive Abgrabungspolitik ein. Die "Schattenliste" sei durch den Naturschutzbund ohne demokratische Beteiligung erarbeitet worden.

Kreistag fasst mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, gegenüber den zuständigen Stellen (Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen [MUNLV] über die Bezirksregierung Düsseldorf sowie dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) die Position des Kreises Kleve unter Bekräftigung der Ausführungen im Bericht vom 09.11.2006 nochmals darzustellen. Hierin soll insbesondere deutlich gemacht werden, dass:

- aus fachlicher Sicht keine Notwendigkeit gesehen wird, die bestehende Gebietsausweisung des Vogelschutzgebietes "Unterer Niederrhein" sowohl im Hinblick auf die Flächengröße als auch in Bezug auf die Gebietsabgrenzung zu verändern, weil keine nachvollziehbaren Gründe dafür erkennbar sind, dass durch eine unveränderte Gebietskulisse der beabsichtigte Schutzzweck gefährdet würde,
- 2. es nicht hingenommen werden kann, wie die Selbstbestimmungs- und Abwägungsrechte der betroffenen Regionen durch europarechtliche Vorgaben auf nahezu Null reduziert werden sollen.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, fortlaufend über die weitere Entwicklung des Vertragsverletzungsverfahrens zu berichten.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 18/306

Kreiskulturlandschaftsprogramm:

hier: Naturschutzgerechte Nutzung von Ackerrandstreifen/ Äckern zum Schutz von Ackerlebensgemeinschaften (Ackerrandstreifenprogramm)

Kreistag fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den Fall, dass die Zuständigkeit des Förderbereiches "Naturschutzgerechte Nutzung von Ackerrandstreifen/Äckern zum Schutz von Ackerlebensgemeinschaften (Ackerrandstreifenprogramm)" innerhalb des Kulturlandschaftsprogramms Nordrhein-Westfalen auf den Kreis Kleve verlagert werden sollte, wird die Verwaltung beauftragt, die vom Kreistag des Kreises Kleve beschlossenen Rahmenrichtlinien entsprechend anzupassen.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 18/307

49. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf;

Kap. 3.9 Ziel 1 Standorte der vorhandenen Anlagen für Neubau, Ausbau oder Erweiterung sichern (Kraftwerkstandorte);

Antrag der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 05.06.2007

KTM Sickelmann äußert, dass die 49. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes mehr Aufmerksamkeit verdiene. Die Änderung bewirke, dass Gewerbe- und Industriegebiete für Großkraftwerke jeglicher Art geöffnet werden, die für die überörtliche Versorgung wichtig sind. Es gebe einen Trend zu Ersatzbrennstoffkraftwerken (EBS-Kraftwerke), wobei es sich in vielen Fällen um getarnte Müllverbrennungsanlagen handele. Die Ersatzbrennstoffe würden zu einem großen Teil aus besonders überwachungsbedürftigen Abfällen hergestellt und die Anforderungen an die Abgasreinigung seien geringer. Es habe eine Auseinandersetzung um das geplante EBS-Heizkraftwerk der Firma Solvay in Rheinberg gegeben, wo große Mengen Kunststoffmüll verbrannt werden sollen. Es seien hierfür 400.000 t Abfälle genehmigt worden, was im Vergleich den Jahresimport von Abfällen der Länder Hessen oder Rheinland-Pfalz übertreffe. Der Kreis Kleve sei bisher verschont geblieben. Die dargestellten Standorte bleiben bestehen. Aus energietechnischer Sicht sei die Entwicklung bedauernswert. So können die Klimaziele nicht eingehalten und Energie nicht effizient erzeugt werden. Auch die Stadt Duisburg und der Kreis Wesel würden die GEP-Änderung ablehnen. Ihre Fraktion befürworte die Kraftwärmekopplung in dem definierten Referenzbereich.

KTM Papen weist darauf hin, dass das Kraftwerk der Firma Solvay noch nicht genehmigt worden sei. Es werde im Rahmen des laufenden Untersuchungs- und Planfeststellungsverfahrens auf den Aspekt der Luftreinhaltung geachtet. Der Regionalrat habe nicht die 49. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes, sondern lediglich die Einleitung eines Prüfungsverfahrens beschlossen. Seitens der Befürworter des Umweltschutzes werde die Kraftwärmekopplung für gut befunden. Abwärme solle als Prozesswärme genutzt werden. Das geplante Solvay-Kraftwerk wäre ein Betriebskraftwerk und daher auch nach den derzeitigen Regelungen möglich. Auch auf Hüttengeländen in Duisburg gebe es Kraftwerke. Es bestehe nahezu einhellig die Meinung, dass veraltete Kohlekraftwerke vom Netz genommen und risikoreichere Kernkraftwerke weitestgehend abgeschafft werden sollten. Wenn vorhandene Kraftwerkstandorte im Gebietsentwicklungsplan gestrichen werden sollen, stelle sich die Frage, wo Kraftwerke überhaupt noch angesiedelt werden können. Es sollten keine unnötigen Ängste vor Ersatzbrennstoffkraftwerken geschürt werden. Die CDU-Kreistagsfraktion lehne den Antrag der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN ab.

KTM Eicker merkt an, dass es vorteilhaft gewesen wäre, wenn die Verwaltung eine umfassendere inhaltliche Stellungnahme zu dem Antrag abgegeben hätte. Die Kreistagsfraktion der SPD werde

dem Antrag der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht zustimmen. Es sei auch unter Beachtung von Klimaschutzgesichtspunkten sinnvoll, Kraftwerke industrienah anzusiedeln und die Kraftwärmekopplung zu nutzen.

Landrat erklärt, dass der Kreis Kleve als Träger öffentlicher Belange beteiligt sei und unter spezifischen, fachlichen Aspekten hierzu befragt wurde. Seitens der Verwaltung bestehen keine fachlichen Bedenken gegen die Planänderung, wie auch in der Vorlage zum Ausdruck gebracht werde. Er weist darauf hin, dass der Kreisausschuss zu diesem Tagesordnungspunkt keine Beschlussempfehlung abgegeben hat.

KTM Währisch-Große sieht voraus, dass die Stellungnahme der Verwaltung vermutlich in der Sommerpause abgegeben wird. Gesundheits- und Umweltschutz sei für alle von Interesse. Jede Verbrennung sollte schadstoffarm erfolgen. Der erzielte Standard solle auch für Ersatzbrennstoffkraftwerke gelten. Es gehe hier um den aktuellen technischen Stand und um Gesundheitsschutz.

KTM Giltjes unterstützt für seine Fraktion die Ausführungen von KTM Papen. Er erinnert daran, dass aus Planungsvorhaben der 70er Jahre im Rahmen des Landesentwicklungsplanes nichts entstanden sei. Der 1. Beigeordnete der Stadt Emmerich am Rhein, Dr. Wachs, nimmt laut Zeitungsberichterstattung Bezug auf den Antrag der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und sagt, dass die Stadt Einfluss auf die Planung nehmen könne. Die FDP-Kreistagsfraktion stimme der Verwaltungsvorlage zu.

KTM Düllings stellt fest, dass der Landrat die Vorlage verständlich erläutert habe und eine weitere inhaltliche Diskussion nicht erforderlich sei.

Kreistag fasst mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen und 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 05.06.2007 wird abgelehnt.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 18/308

Mitteilung:

hier: Nachwuchsbedarfsplanung für das Einstellungsjahr 2007

Kreistag nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 18/308/1

Mitteilung;

hier: Bewerbung der Region NiederRhein um die Regionale 2013

KTM Giltjes erkundigt sich, in welchem Gremium die Thematik vorgestellt wurde und warum sie nicht zuvor in die parlamentarische Diskussion eingebracht worden sei.

Landrat antwortet, dass im Ausschuss für Umwelt und Landschaftsplanung hierüber berichtet wurde. Der Kreis Kleve habe die Entscheidung nicht zu treffen. Der Lenkungskreis der Region NiederRhein habe beschlossen, sich um die Regionale 2013 zu bewerben. Der Kreis sei gebeten worden, das Bewerbungsverfahren positiv zu begleiten. Das weitere Verfahren bleibe abzuwarten.

Kreistag nimmt Kenntnis.